

II- 12852 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6289 13

1994 -03- 17

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Lukesch , Dr. Lackner, Dr. Keimel, Regina Heiß
und Kollegen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend "Lauschangriff"

Ein Journalist der wöchentlich erscheinenden Postille der FPÖ
hat anlässlich eines Pressegespräches des Tiroler
Landeshauptmannes nicht nur dessen Aussagen, sondern auch
jene - im Vorfeld der Pressekonferenz geäußerten -
vertraulichen Gespräche der anwesenden Journalisten
aufgezeichnet und an den Generalsekretär der FPÖ
weitergegeben, der seinerseits wiederum öffentlich aus diesen
Protokollen zitiert bzw. angekündigt hat, daraus öffentlich
zu zitieren.

Mit dem Strafgesetzbuch 1975 hat sich der Gesetzgeber zwar
zur grundsätzlichen Schutzwürdigkeit der Privatsphäre
bekannt, schon länger bestehende Forderungen - z.B. des
Linzer Strafrechtsprofessors Dr. Diethelm Kienapfel - nach
einem umfassenderen Schutz (insbesondere vor Indiskretionen)
hatten bisher im Gesetz aber keine Berücksichtigung gefunden.

Um Vorsorge gegen solche eingangs erwähnten stasi-ähnlichen
Methoden zu treffen, richten die unterzeichneten Abgeordneten
an den Bundesminister für Justiz nachstehende

- 2 -

A n f r a g e :

- 1) Welchen straf- und privatrechtlichen Schutz gewährt die Österreichische Rechtsordnung der Privatsphäre und der Persönlichkeit des einzelnen?
- 2) Ist geplant, diesen Schutz weiter auszubauen?
- 3) Wenn ja, welche Reformschritte sind geplant?
- 4) Wie beurteilen Sie das dargestellte Verhalten unter dem Gesichtspunkt des § 120 StGB, und zwar sowohl hinsichtlich des Mitarbeiters der FP-Postille wie auch des FP-Generalsekretärs?
- 5) Sind in diesem Zusammenhang bereits Privatanklagen erhoben worden; wenn ja, gegen wen?